

Brüssel will helfen

Grenzschrützer sind bereit. Rom fordert 100 Millionen Euro

STEFANIE BOLZEN
BRÜSSEL

Die Flucht Tausender Tunesier über das Mittelmeer nach Italien versetzt nach der italienischen Regierung auch die EU-Kommission in Sorge. Die zuständige Innenkommissarin Cecilia Malmström bot Italien am Montag Hilfe bei der Bewältigung des seit Tagen währenden Ansturms an. Man sei „sich bewusst, unter welchem außergewöhnlichen Druck Italien steht“, sagte ein Sprecher.

Brüssel bietet an, Grenzschrützer der EU-Agentur Frontex an die italienische Küste zu schicken. Griechenland hatte die EU im vergangenen Oktober um Hilfe gebeten, weil es den Zustrom von Flüchtlingen aus der Türkei nicht mehr bewältigen konnte. Zudem bekam Athen 9,8 Millionen Euro Nothilfegeld. Die Kommission bezeichnete die Maßnahmen als erfolgreich.

Am Montagabend wurden erste Forderungen Italiens an die EU bekannt. Italiens Innenminister Roberto Maroni sagte in Rom, dass sein Land von der EU-Kommission in einem formellen Brief 100 Millionen Euro verlangt habe, um dem Notstand begegnen zu können. Zuvor war die Kommunikation von Innenminister Maroni in Brüssel auf Unmut gestoßen. Malmström hatte Rom bereits am Samstag Hilfe angeboten; diese war aber mit dem Hinweis, man sei „ja nicht Griechenland“, abgelehnt worden. Kurz darauf beschwerte sich Maroni im italienischen Fernsehen, die EU lasse Italien „wie üblich allein“. Die Kommission reagierte auch verhalten auf den Vorschlag Maronis, italienische Polizisten in Tunesien einzusetzen, um die Massenflucht zu begrenzen.

Die EU-Südländer klagen in der Flüchtlingsfrage seit geraumer Zeit über mangelnde Solidarität der nördlichen Mitgliedsländer. Zuletzt waren vor allem Griechenland, aber auch Italien und Malta betroffen. Die Forderung der Regierungen, andere EU-Staaten sollten ebenfalls Flüchtlinge aufnehmen, wird stets mit Verweis auf geltendes europäisches Recht abgelehnt. Laut der sogenannten Dublin-II-Verordnung ist das Land zuständig, in dem die Asylsuchenden die EU-Grenze überschreiten.

Im vergangenen Sommer hatte Deutschland zwar im Rahmen eines Pilotprojekts 100 Flüchtlinge aus Malta aufgenommen. Grundsätzlich will Berlin aber keine Aufnahmeausnahmen machen, um jeden Sogeffekt auf die Herkunftsländer zu vermeiden.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) betonte am Montag, dass nicht alle Menschen kommen können, die jetzt über die italienische Insel Lampedusa nach Europa wollten. „Unser Ziel ist, auch die Probleme in den Heimatländern zu lösen“, um den Menschen eine Perspektive zu geben, sagte Merkel.



Erste Schritte in Europa: Eine Gruppe von etwa 200 Bootsflüchtlingsen wird im Hafen der italienischen Insel Lampedusa von der Polizei bewacht

„Es ist ein biblischer Exodus“

Italiens Regierung schlägt wegen der tunesischen Bootsflüchtlings Alarm und klagt die Untätigkeit der EU an. Doch steht dem Kontinent wirklich eine Wanderungswelle bevor?

■ Innenminister Maroni scheitert mit seinem Vorschlag, italienische Polizisten nach Tunesien zu schicken

■ Außenminister Frattini will mit Tunis über neue Abkommen verhandeln

MARTIN ZÖLLER
ROM

Im Flugzeug von Rom nach Lampedusa sitzen neben Journalisten und Kameraleuten gut 40 Polizisten, kurzfristig zum Dienst berufen. Weitere Kollegen sollen folgen, sagen sie. Manche von ihnen waren schon mal auf Lampedusa im Einsatz, früher, als hier ständig Flüchtlinge aus Afrika anlandeten. Aber dann: „Lange nicht mehr.“ Es war ruhig geworden.

Nun ist es wieder anders, und in den kommenden Wochen, so fürchtet zumindest Italiens Innenminister Roberto Maroni, wird man wieder öfter von Lampedusa hören. „Das ist der Fall der Mauer“, sagte er am Montag, umgeben von einem Kranz von Mikrofonen, „wir sind Zeugen eines biblischen Exodus.“ Zehntausende Menschen, so meint er, warten in Tunesien nur darauf, ins Boot zu steigen und über das Mittelmeer Lampedusa zu erreichen, die Europäische Union. Salim ist einer, der es geschafft hat, 19 Jahre alt, Kapuzenpulli, darüber eine schwarze Jacke. Etwa 15

Stunden war er auf dem Meer unterwegs, mit 50 anderen, 2000 Euro hat die Überfahrt gekostet, einfache Fahrt in ein neues Leben. Jetzt ist er auf Lampedusa. „In Tunesien ist Chaos, ich habe alles zurückgelassen. Sobald es ruhig ist, gehe ich zurück“, sagt er der Zeitung „Giornale di Sicilia“. Nidal, ein anderer Tunesier, kam mit seinem Bruder übers Meer. Er wolle nur arbeiten, sagt er. „Ich studiere Informatik, in dem Chaos, wie es jetzt in Tunesien herrscht, habe ich keine Hoffnung, Arbeit zu finden.“ Die meisten der etwa 5000, die in den letzten Tagen kamen, sind junge Männer wie Salim und Nidal.

Nun harren sie aus im „Centro d'accoglienza“, dem Aufnahmelaager: Zwischen hohen Pinien liegen so gut es geht freundlich gestaltete Häuser. Hier werden sie zunächst versorgt, dann wird entschieden, in welches Auffanglager auf dem Festland sie kommen. Es ist wieder voll im Lager. Ein Jahr lang kamen keine Boote, das Lager wurde geschlossen, nur der raue Wind vom Meer wehte hier durch. Eine private Initiative überlegte, das Aufnahmelaager in ein Museum umzubauen über die Geschichte der Immigration in die Festung Europa.

Dass es um Lampedusa ruhiger wurde, lag an der italienischen Politik: Mit dem bisherigen tunesischen Machthaber Ben Ali gab es ein Abkommen, dann auch mit Libyen. Die Länder sollten Bootsflüchtlingsen daran hindern, das Meer zu überqueren, im Tausch für finanzielle und personelle Unterstützung. Es war ein Erfolg für Berlusconi, wenn auch keiner, für den



man Menschenrechtspreise bekommt. Hilfsorganisationen und die Opposition schimpften zwar über den Pakt mit den Despoten, aber die Boote verschwanden. Mit ihrer Rückkehr ist auch Bernardino De Rubeis wieder in den Medien, der Bürgermeister von Lampedusa, der vor einem Jahr noch sagte, jetzt könne Lampedusa endlich zur europäischen Ferieninsel werden. Nun steht er mit schwarzer Jacke am Hafenbecken und blinzelt in die Sonne im Süden – dort, wo die Boote starten. „Es ist eine tragische, eine dramatische Situation für Lampedusa“, sagt er, „unsere Insel braucht Hilfe.“ Als Tunesiens Ben Ali stürzte, habe er sich keine Sorgen gemacht. „Jetzt ist die Revolution gelungen, sie haben doch ihr Ziel erreicht“, wundert er sich. Warum sollten die Menschen dann noch kommen? Es hindert sie einfach niemand mehr. Italien spürt als erstes Land die Folgen der nordafrikanischen

Revolutionen: Mit dem Fall der Regime sind alte Abmachungen obsolet, und die jungen Nordafrikaner fassen Mut, ihre Zukunft in die Hand zu nehmen. Die tunesische Übergangsregierung schloss den von Rom angebotenen Einsatz italienischer Beamter im eigenen Land aus. Am Montag wollte Italiens Außenminister Franco Frattini nach Tunis reisen und verhandeln.

Italien ist schlecht vorbereitet. Am Wochenende wurden Hunderte Einwanderer auf den Fußballplatz von Lampedusa gebracht. Die Notlösung erinnerte an die Bilder von Tausenden Albanern im Fußballstadion von Bari im August 1991. Diesmal ist die Angst vor Kriminellen unter den Flüchtlingen noch größer, weil in den Unruhen zahlreiche Häftlinge aus Gefängnissen flohen, wie das Innenministerium warnt. Von der EU fühlt man sich alleingelassen. Die regierungsnahen Zeitungen „Il Giornale“ drohte am Montag: „Die Tausenden, die heute auf Lampedusa sind, sind mit dem Zug in zwei Tagen in Deutschland oder Frankreich.“

Am Montagmittag sitzen Sami und Saleh unter einem Baum am Flughafen von Lampedusa, ein Flugzeug soll sie nach Porto Empedocle an der Südküste Siziliens bringen. Sie haben keine Frauen, keine Kinder, sie haben lange gespärt, um nach Europa zu kommen. Nun sei die Gelegenheit günstig gewesen, sagen sie. Das sei kein „Exodus“, wie es der Minister nennt: „Wer fahren wollte, hat es schon gemacht“, sagt Sami. Tatsächlich kam bis Montagmittag kein Boot mehr. Aber vielleicht lag das auch am raueren Seegang.

Ägyptens Revolutionäre fordern ihren Lohn

Die Proteste sind vorbei, aber die Arbeit beginnt jetzt: Militärrat spricht mit Internet-Aktivistinnen über Wandel

■ Viele Ägypter kommen aus dem sicheren Exil in aller Welt zurück, um beim Aufbau ihrer Heimat zu helfen

AMIRA EL-AHL
KAIRO

Das arabische Wort Tahrir bedeutet Befreiung. Der Platz im Herzen der ägyptischen Hauptstadt, der so heißt, hat seinem Namen alle Ehre gemacht. Die Proteste hier zwangen Präsident Husni Mubarak in die Knie, wochenlang campierten dort Menschen. Zeitweise hatte die Stimmung hier etwas von einem Rockfestival, besonders am Tag nach dem Abgang Mubaraks. Der Tahrir-Platz wurde zur Bühne für Sänger, Feuerschlucker und Gaukler, überall wurden Popcorn und Getränke verkauft.

Doch nun, am Tag vier nach Mubarak, ist nichts mehr zu sehen von dem Geschehen am Tahrir-Platz. Am Sonntag noch waren viele junge Menschen zum

Platz gekommen, hatten mit Besen und Mülltüten den Dreck der vergangenen Tage entfernt und mit weißer und schwarzer Farbe Bürgersteige und Verkehrslinien frisch nachgemalt. Junge Männer standen den Soldaten zur Seite und regelten den Verkehr. Die Militärführung löste das Parlament auf, setzte die Verfassung aus, versprach Neuwahlen und die Ausarbeitung einer neuen Verfassung. Nur die Notstandsgesetze, die seit 30 Jahren gelten, hob der Oberste Militärrat nicht auf. Doch es scheint nicht so, als würde Ägypten tatsächlich unter Kriegsrecht stehen, denn bisher sind politische Aktivitäten erlaubt, und die zivilen Institutionen des Landes – der Premierminister und sein Kabinett, die Ministerien, Polizei und die Justiz – bleiben weiterhin bestehen, unterstehen nun jedoch dem Befehl der Streitkräfteführung. Mit der Auflösung des Parlaments hat das Militär zwei Dinge erreicht: Zum einen hat es seine eigene Macht vergrößert und ist zum anderen auf die Forderungen der Opposition eingegangen.

Auch deshalb haben die meisten Aktivisten den Tahrir-Platz freiwillig verlassen. Das Militär ist zwar bisher sehr vage in seinen Formulierungen geblieben, wie und wann genau Neuwahlen stattfinden sollen und wer in den Verfassungsrat berufen wird, doch bisher überwiegt bei den meisten Demonstranten die Freude über das bisher Erreichte. „Im Moment mache ich mir keine Sorgen“, sagt Alaa Abdel Fatah. Der Softwareentwickler, Blogger und Aktivist kämpft seit Jahren für ein freies, demokratisches Ägypten. Dafür saß er zeitweise im Gefängnis, ohne Haftbefehl, ohne Gerichtsverhandlung. „Ich vertraue dem Militär zwar nicht, aber bisher haben sie unsere Forderungen erfüllt“, sagt er. „Aber vor allem vertraue ich den Ägyptern. Die Armee hat Angst vor den Massen.“

Doch die Aktivisten wollen die Zukunft des Landes nicht dem Zufall – und schon gar nicht alleine dem Militär – überlassen. Sie arbeiten an einem Vorschlag für ein Übergangskabinett, in dem Technokraten und angesehene Mitglieder des öffentlichen Lebens sitzen

sollen, die gemeinsam mit Vertretern des Militärs die neue Verfassung erarbeiten sollen. „An diesem Prozess müssen unbedingt auch zivile Personen beteiligt sein, die wir gewählt haben“, sagt der Blogger. Denn was er will, ist eine wahre Demokratie in Ägypten und keine Demokratie zu den Bedingungen des Militärs.

Es sind Männer und Frauen wie Alaa Abdel Fatah, mit denen das Militär in Ägypten nun rechnen muss. Sie sind jung, gut ausgebildet und politisch engagiert. Es ist die sogenannte Facebook-Generation, die sich nicht mehr so leicht beeinflussen und manipulieren lässt wie noch die Generationen zuvor. Viele von

ihnen haben das Land verlassen, weil sie im autokratischen und zutiefst korrupten System Mubaraks keine Zukunft für sich sahen. Viele sind jetzt wieder da. „Ich habe nicht mehr geschlafen, kaum gegessen, bin nicht mehr zur Arbeit gegangen“, erzählt Khaled Mustafa. Der 36-Jährige lebt seit elf Jahren in den USA, wo er als Ingenieur arbeitet. Als er die Bilder von den Schlägertrupps im Fernsehen sah, fiel seine Entscheidung: „Ich muss zurück.“ Seinem Chef sagte er, dass er vielleicht nicht lebend zurückkäme, und schrieb sein Testament. „Ich war immer ein Angsthase und habe noch am Anfang der Proteste gesagt, was diese Leute auf sich nehmen, ist bewundernswert, aber ich weiß, ich halte keine Nacht im Gefängnis aus, keine Folterungen und Schläge“, erzählt Mustafa. „Als ich gesehen habe, wozu diese Regierung fähig ist, konnte ich nicht länger tatenlos zuschauen“, sagt er. „Mubarak hat aus mir einen Mann gemacht. Wir kämpfen mit dem Internet, und sie attackieren uns mit Kamelen und Pferden. Das waren Szenen wie aus dem Mittelalter.“ Mit

POLITIK

AUSLAND

EUROPÄISCHE UNION

Kommissarin Reding will Kinder vor Gericht schützen

Die EU will die Rechte von Kindern besser schützen. „Die Justiz muss kinderfreundlicher werden als bisher. Ich werde noch in diesem Jahr gesetzliche Vorschläge auf den Weg bringen, um die Rechte von Kindern zu stärken, wenn sie Opfer von Straftaten werden“, sagte EU-Justizkommissarin Viviane Reding der „Welt“. Konkret forderte Reding, die auch Vizepräsidentin der EU-Kommission ist, dass sexuell missbrauchte Kinder künftig per Videokonferenz anstatt in einem Raum mit dem Täter bei der Hauptverhandlung befragt werden sollten. Außerdem müssten Polizisten und Staatsanwälte „hinreichend ausgebildet sein, um Kinder in einer für sie angemessenen Sprache zu befragen und sie über ihre Rechte aufzuklären“. *chs/steb*

IRAN

Tränengas gegen Regierungsgegner in Teheran

Die iranische Polizei ist mit Tränengas und Farbkugeln gegen einen Protestmarsch der Opposition in Teheran vorgegangen. Nach unbestätigten Berichten kam es dabei in der iranischen Hauptstadt zu Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften; mehrere Oppositionsanhänger wurden festgenommen. Die Regierungsgegner hatten sich nach einem stillen Protest in kleineren Gruppen zu einem Demonstrationsszug zusammengeschlossen. Sie waren in Richtung des Azadi-Platzes (Platz der Freiheit) losgezogen, um sich dort zu einem ähnlichen Protest wie die Ägypter auf dem Tahrir-Platz in Kairo zu versammeln. Prominente Oppositionspolitiker waren zuvor unter Hausarrest gestellt worden. Auf Websites verbreitete die Opposition den Aufruf, dass nach den arabischen Führern nunmehr das Regime in Teheran an der Reihe sei, gestürzt zu werden. Da es der ausländischen Presse in Teheran ausdrücklich verboten ist, direkt von Protestveranstaltungen zu berichten, bleiben Websites der Opposition und Augenzeugenberichte die einzigen Quellen der Ereignisse.

BULGARIEN

Richter sprechen Politiker vom Korruptionsvorwurf frei

In Bulgarien ist wieder ein Politiker der früheren Regierung in einem Korruptionsprozess freigesprochen worden. Das Oberste Verwaltungsgericht entlastete den Vorsitzenden der Türken-Partei, Ahmed Dogan. Die Richter bekräftigten eine frühere Entscheidung, wonach es bei einem von Dogan erhaltenen Honorar über umgerechnet eine Million Euro keinen Interessenkonflikt gebe. Der Abgeordnete und Vorsitzende der bis Mitte 2009 in Sofia mitregierenden Partei der türkischen Minderheit (DPS) hatte das umstrittene Honorar als Berater für ein Institut erhalten. Dieses hatte Forschungen für vier staatliche Wasserkraftprojekte in Südbulgarien durchgeführt. Das Gebiet im Rhodopen-Gebirge ist mehrheitlich mit ethnischen Türken besiedelt. Die jetzige bürgerliche Regierung hatte im Wahlkampf versprochen, korrupte Ex-Minister und Politiker zu verurteilen.

„Die Armee hat Angst vor den Massen“

Alaa Abdel Fatah, Aktivist